

Stand: 17.01.2026 15:52:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/204

"Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten - Für eine bayerische Humusstrategie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/204 vom 29.01.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1648 des LA vom 09.04.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2690 vom 26.06.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 22 vom 26.06.2019



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter SPD**

Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt die Ergebnisse der Bodenzustandserhebung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts zur Kenntnis und zeigt sich besorgt über den prognostizierten Humusverlust, welcher erhebliche negative Konsequenzen für den Klimaschutz nach sich zieht.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, eine Humusstrategie für Bayern zu entwickeln und diese mit Förder- und Forschungsmitteln auszustatten.

Insbesondere soll gewährleistet werden, dass

- drainierte landwirtschaftliche Moorböden auf freiwilliger Basis gegen finanziellen Ausgleich und durch Anhebung des Grundwasserstands wieder einer humusmehrenden Nutzungsform zugeführt werden;
- ein Demonstrationsnetz zu humusmehrenden Bewirtschaftungsweisen geschaffen wird;
- spezielle Förderprogramme zum Humusaufbau im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen geschaffen werden.

Begründung:

Unsere Böden bestehen aus drei Komponenten: Humus (organische Bodensubstanz), Bodenleben und Mineralteilchen. Der Humus ist essenziell für die Fruchtbarkeit der Böden, die Speicherung von Nährstoffen und die Schaffung eines optimalen Bodengefüges, welches für die Speicherung von Wasser von entscheidender Bedeutung ist. Darüber hinaus stellt Humus eine bedeutende Kohlenstoffsенке dar, global gesehen werden hier etwa 1.600 Gigatonnen (Gt) Kohlenstoff gespeichert (im Vergleich: in der Luft 760 Gt, in der Vegetation etwa 600 Gt: Batjes, 1996; Schlesinger 1997).

Auf der Grundlage internationaler Klimaschutzabkommen ist die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, im Rahmen der nationalen Emissionsberichterstattung für Treibhausgase über Veränderungen der Vorräte an organischem Kohlenstoff in land- und forstwirtschaftlich genutzten Böden zu berichten. Das Johann Heinrich von Thünen-Institut erstellt diese Berichte im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der Bodenzustandserhebung wurde folgendes festgestellt:

Für grundwasserferne Böden unter Dauergrünlandnutzung und bei gleichbleibender Bewirtschaftung und unveränderten Klimaverhältnissen wiesen die Modelle im Mittel

keine signifikante Änderung des C_{org} -Vorrats (C_{org} = organischer Grundstoff) im Oberboden (0 bis 30 cm) aus. Für grundwasserferne Böden unter Ackernutzung zeigten die Modelle im Mittel für Deutschland einen signifikanten C_{org} -Verlust im Oberboden.

Diese Aussage unterstützt die Ergebnisse der Untersuchungen in Bayern, die im Rahmen einer Bodendauerbeobachtung die Entwicklung der Humusgehalte zwischen 1986 und 2007 ermittelte. Bereits in diesem Zeitraum wurde ein Verlust an organisch gebundenem Kohlenstoff (C_{org}) von drei Prozent ermittelt.

Zur Begründung führte die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) folgendes an:

„In den letzten 50 Jahren wurde in den Industrieländern die traditionelle, an den standörtlichen Ressourcen angepasste Landbewirtschaftung aufgrund der billigen Energie und preiswerten synthetischen Dünger massiv in Richtung Intensivierung der Stoffumsätze geändert. Parallel dazu fand in Bayern eine Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe statt, die von einer zunehmenden Spezialisierung zum Nachteil der Gemischt- und Futterbaubetriebe geprägt ist.

Diese Umstrukturierung ging einher mit negativen Trends beim Viehbesatz und bei der Anzahl viehhaltender Betriebe. Damit wurde zwangsläufig die landwirtschaftliche Bewirtschaftung verändert. Zudem nahm die Menge an pflanzlicher Biomasse aus Landwirtschaft, die in Energie umgewandelt wurde, in den letzten fünf Jahren stark zu.“

Weiterhin wurde in dieser Untersuchung auf den zunehmenden Anbau humuszehrender Früchte, wie beispielsweise den Silomais, als Grund für die Humusabnahme hingewiesen. Diese Entwicklung hat sich jedoch noch weiter fortgesetzt. Während 2007 nur 325.000 Hektar Silomais in Bayern vorhanden waren, hat sich die Fläche 2015 auf 427.000 Hektar gesteigert. Sofern die Aussagen der LfL zutreffen, hat sich der Humusgehalt seit 2007 somit nochmals drastisch verringert.

Im Zuge des Klimawandels steht die Land- und Forstwirtschaft vor enormen Herausforderungen. Die Verteilung der Niederschläge wird mittlerweile immer ungünstiger, so dass die Wasserspeicherkapazität mittels eines konsequenten Humusmanagement optimiert werden muss. Auch kann eine Humusstrategie zu einer vermehrten und nachhaltigen Bindung von Kohlenstoff, zur Steigerung der Fruchtbarkeit unserer Böden und zu einer besseren Toleranz unseres Pflanzenbaus bei extremen Witterungen im Zuge des Klimawandels beitragen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Drs. 18/204

Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten - Für eine bayerische Humusstrategie

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ruth Müller**
Mitberichterstatler: **Manuel Westphal**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 27. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 4. April 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 9. April 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
- CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmung
- Ablehnung empfohlen.

Dr. Leopold Herz

Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverstöße und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 3 der Liste. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild und anderer (SPD) betreffend "Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie" auf Drucksache 18/204. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt dann in einer der nächsten Sitzungen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch da sehe ich alle Fraktionen: AfD, FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zustimmung auch der beiden fraktionslosen Abgeordneten.

Berichtigung

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. April 2019 (Vf. 41-IX-19) betreffend
 Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 18. April 2019 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“
 PII-G1310.19-0005
 Drs. 18/1864 (G)
 Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration
 - I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 - II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.
 - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

	CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Verkehrssicherheit durch mehr Lkw-Parkplätze auf Autobahnrastanlagen durch Kompaktparken und Kolonnenparken
Drs. 18/339, 18/1659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflicht zur Vorlage von Jagdtrophäen abschaffen
Drs. 18/340, 18/1699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologischer Landbau in der Agrarstatistik
Drs. 18/341, 18/1700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

9. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Praxis der Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat: Einhaltung von europäischem Recht oder Kniefall vor Wirtschaftsinteressen?
Drs. 18/385, 18/1671 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

10. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Zusammenarbeit der TU München mit Facebook
Drs. 18/391, 18/1707 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

[illegible]

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klare Aussagen zur geplanten Ausgliederung der Bayerischen Staatsgüter
Drs. 18/398, 18/1701 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

[illegible]

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hebammen zurückgewinnen
Drs. 18/399, 18/1800 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltverträglichkeitsprüfung – Einfluss der Wirtschaft auf das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz?
Drs. 18/441, 18/1672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

[illegible]

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Rücknahme des Gesetzentwurfs für ein Haushaltsgesetz 2019/2020
Drs. 18/536, 18/1694 (A)

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter SPD**

Drs. 18/204, 18/1648

Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ruth Müller

Abg. Manuel Westphal

Abg. Gisela Sengl

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Andreas Winhart

Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. (SPD)

Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz

gewährleisten - Für eine bayerische Humusstrategie (Drs. 18/204)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeden Freitag gehen Schülerinnen und Schüler für mehr Klimaschutz auf die Straße. In Talkshows, Interviews und Podiumsdiskussionen wird darüber debattiert und gestritten, wie mehr Klimaschutz erreicht, wie CO₂ eingespart werden kann, welchen Beitrag jeder Einzelne dazu leisten kann. Als Bayerischer Landtag können wir Finanzmittel bereitstellen, um eine bayerische Humusstrategie ins Leben zu rufen. Der Erhalt von Humus ist ein wertvoller Beitrag zum Klimaschutz in unserem Land. Das Johann Heinrich von Thünen-Institut hat sich aufgrund seiner neuesten Untersuchungen zum Bodenzustand sehr besorgt über den prognostizierten Humusverlust geäußert. Je mehr Humus abgebaut wird, umso mehr schädliche Stoffe gelangen in die Umwelt.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig Daten zur Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland. Leider wird die Entwicklung der Humusversorgung von Ackerböden trotz zunehmender Bedeutung für die langfristige Bodennutzung derzeit noch nicht systematisch verfolgt. Aus den Daten zur Bewirtschaftung von Flächen können jedoch Ableitungen gemacht werden, die eine Aussage über Änderungen in der Humusversorgung der Böden zulassen. Danach liegen deutliche Anhaltspunkte dafür vor, die auf eine Abnahme der Humusversorgung von Ackerflächen hindeuten. Umso wichtiger ist es, dass wir in Bayern handeln und umsteuern.

Mit unserem Antrag auf Drucksache 18/204 betreffend "Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie" wollen wir einen Beitrag für mehr Klimaschutz leisten. Humus ist die Stickstoffquelle des Bodens und dient als Nährstoffspeicher für pflanzenverfügbare Nährstoffe. Aufgrund des hohen Karbonatgehaltes des Humus kann dadurch gleichzeitig Kohlenstoff im Boden gebunden werden. Im Hinblick auf den Klimawandel und damit verbundene Starkregenereignisse können humusreiche Böden nicht hoch genug geschätzt werden, da sie mehr Wasser speichern als andere und somit Oberflächenwasser zurückhalten können.

Eine bayerische Humusstrategie, die mit Fördergeldern und Forschungsmitteln ausgestattet ist, kann dazu beitragen, dass drainierte landwirtschaftliche Moorböden auf freiwilliger Basis gegen einen finanziellen Ausgleich und durch Anhebung des Grundwasserstandes wieder einer humusmehrenden Nutzungsform zugeführt werden.

Zweitens soll ein Demonstrationsnetz zu humusmehrenden Bewirtschaftungsweisen geschaffen werden.

Drittens. Spezielle Förderprogramme zum Humusaufbau sollen im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen geschaffen werden. Ich denke dabei beispielsweise an die Förderung von humusmehrenden Kulturen wie Ackergras, Klee oder Luzerne, die die Humusversorgung von Ackerstandorten verbessern.

Meine Damen und Herren, niemand kann ein ernsthaftes Interesse daran haben, dass der landwirtschaftliche Boden in Passau nach dem nächsten Hochwasser aus dem Wohnzimmer geschaufelt werden muss. Humus ist ein wichtiger Teil unserer gesamten organischen Bodensubstanz, die vor allem den Aktivitäten der Bodenorganismen unterliegt.

Angesichts der zunehmenden Abnahme von Humus in Bayern und bundesweit müssen wir dringend mit einer Humusstrategie ein wirksames Zeichen setzen, dass wir das Thema Klimaschutz ernst nehmen. Wir brauchen politisch fruchtbare und nachhal-

tige Ansätze, die dazu beitragen, die Bodenbeschaffenheit zu verbessern. Damit auch die nächsten Generationen in Bayern von unseren Maßnahmen zum Klimaschutz profitieren, bitte ich Sie heute um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Kollege Manuel Westphal von der CSU-Fraktion.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum vorliegenden Antrag darf ich zunächst klarstellen, dass wir uns zumindest in einem Punkt einig sind, nämlich dass es darum geht, Humusverlust zu vermeiden und die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten. Das ist das Interesse der gesamten Gesellschaft, aber – das vergessen die Antragsteller immer wieder – auch das Interesse des einzelnen Landwirts, denn schließlich ist der Boden das wichtigste Produktionsmittel, das der Landwirt zur Verfügung hat.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Schauen wir uns einmal an, wie die derzeitige Situation in Bayern ist. Es ist nicht richtig, wenn man sich nur auf das Thünen-Institut verlässt, das sich, wie die Kollegin umfangreich, wenn auch etwas verklausuliert ausgeführt hat, nur auf Hochrechnungen, Ableitungen sowie Prognosen bezieht und nicht auf die realen Werte.

Nach der Bodendauerbeobachtung, die zwischenzeitlich seit circa 30 Jahren in Bayern durchgeführt wird, ergibt sich folgende Situation: Auf den Ackerstandorten bleibt der Humuswert auf 65 % der Standorte gleich, auf 21 % nimmt er zu, auf 14% nimmt er ab. Wenn wir uns die Grünlandstandorte anschauen, dann bleibt er auf 76 % der Standorte gleich; bei 16 % gibt es eine Zunahme und bei 8 % eine Abnahme. Diese Werte werden auch durch die Auswertung der Humusdatenbank durch die LfL entsprechend bestätigt. Es ergibt sich also ein differenziertes, teilweise sogar ein positives Bild.

Auch die pauschale Behauptung, die im Antrag enthalten ist, dass der Humusgehalt durch den vermehrten Maisanbau pauschal abgenommen habe, ist so nicht nachvollziehbar.

(Horst Arnold (SPD): Das sind Ihre eigenen Zahlen!)

– Ausreden lassen, und dann können Sie darauf reagieren. – Maßnahmen der Landwirte, die dem entgegenwirken, haben dazu beigetragen, dass die Zahlen so nicht richtig sind. Wir haben mehr Zwischenfruchtanbau beim Mais. Im Jahr 2000 war das noch auf 35 % der Maisfläche der Fall, im Jahr 2012 bereits auf 46 %

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

und im Jahr 2013 auf 60 %. Aktuell sind es sogar noch mehr.

Man muss auch sehen, dass Kohlenstoff auf diesen Flächen durch Gülle und Gärreste zugeführt wird. Darüber hinaus, sozusagen begleitend, führt die LfL seit Jahren Feldversuche zur Humuswirkung von Gärresten durch sowie Untersuchungen, wie sich beispielsweise eine reduzierte Bodenbearbeitung auf die Humusvorräte auswirkt.

Darüber hinaus führt auch die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf hierzu praxisnahe Versuche durch. Die Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf, die alljährlich mehrere große Praxis- und Projekttag durchführen, bringen dieses Wissen um den Humuserhalt dann auch in die breite Masse unserer Landwirte. Bei jeder dieser Veranstaltungen sind mehrere Hundert Teilnehmer anwesend.

Wenn ein Humusverlust feststellbar ist, dann hat das insbesondere zwei Ursachen: Zum einen ist der Humusverlust bei der Nutzung von organischen Böden, insbesondere Moorböden, die tief entwässert wurden, und zum anderen bei der Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland festzustellen. Beides ist in den letzten Jahren deutlich erschwert worden. Wenn man sich die Gesetzentwürfe in Bezug auf Artenvielfalt und Biodiversität anschaut, die wir in Kürze in diesem Hohen Haus abschließend behandeln werden, ist festzustellen, dass dort das Umbruchverbot noch deutlich weiter aus-

gedehnt worden ist, und zwar unabhängig von der Bewirtschaftungsweise. Das gilt zukünftig also auch für Biobetriebe. Darüber hinaus ist dort auch ein Verbot der Absenkung des Grundwasserstandes auf Moor- und Anmoorstandorten enthalten. Man kommt also diesen Anliegen sogar noch deutlich stärker entgegen, sodass auch hier die Gefahr zukünftig nicht mehr besteht.

Wenn man eine Humusstrategie fordert, wird darüber hinaus übersehen, dass wir viele andere Maßnahmen haben, die bereits derzeit erfolgreich laufen. Ich möchte einige – nicht alle, aber einige – aufzählen: ein Blick ins KULAP. Dort finden wir mehrere Maßnahmen, die den Humusaufbau fördern, beispielsweise B44 bis B46 – vielfältige Fruchtfolge –, B36 bis B38 – Mulch- und Direktsaatverfahren mit dem notwendigen Zwischenfruchtanbau, wobei man natürlich an der Stelle anführen sollte, dass bei der Mulch- oder Direktsaat ein entsprechend maßvoller Pflanzenschutzmitteleinsatz notwendig ist. Hierbei sind also immer die Zusammenhänge zu berücksichtigen.

Schauen wir uns das Greening an. Auch das leistet einen wertvollen Beitrag zum Humuserhalt, vor allem wegen des Zwangs, Dauergrünland zu erhalten. Aber auch auf den ökologischen Vorrangflächen ist es so, dass verschiedene Maßnahmen, Stilllegungen, Leguminosen, Gras oder Saat, Zwischenfruchtanbau oder Pufferstreifen zum Humuserhalt beitragen.

Wir haben verschiedene Maßnahmen – das ist der dritte Punkt – zum Anbau alternativer Energiepflanzen: Das Demonstrationsprojekt "Silphie-Anbau" in Oberfranken und im Allgäu – übrigens mit LEADER-Mitteln gefördert – oder das Programm "Mehr Vielfalt in der Energielandschaft"; auch hier wird insbesondere die durchwachsene Silphie vermehrt angebaut.

Viertens. Bayerische Eiweißstrategie. Auch hierbei ist es in den letzten Jahren bereits zu einem vermehrten Leguminosenanbau gekommen, also auch hier eine positive Wirkung auf den Humusgehalt.

Von daher kann man feststellen, dass man unterschiedliche Maßnahmen durchgeführt hat, die zu einer Verbesserung beitragen. Dazu kommt fünftens ein Maßnahmenpaket zum Erhalt und zur Renaturierung von Mooren, etwa im Klimaschutzprogramm 2050, in dem es auch um den Ankauf solcher Flächen geht. Renaturierung und Anbindung von Moorflächen an Gewässer sind weitere Maßnahmen.

Wir haben – sechstens – verschiedene Modellprojekte gestartet. Beispiele sind das Donaumoos-Entwicklungskonzept, die LIFE-Projekte in den Natura-2000-Gebieten und in meinem Stimmkreis das Projekt "boden:ständig" am Hahnenkamm. In all diesen Projekten sind der Bodenschutz und damit der Humuserhalt Themen. Die Masse der Landwirte soll erreicht werden.

Punkt sieben betrifft den Wasserpakt. Auch dieser hat den Bodenschutz zum Gegenstand. Hierzu wurde ein Demonstrationsbetriebsnetz gefordert. Ein solches gibt es bereits; hundert landwirtschaftliche Betriebe beteiligen sich.

Als achten Punkt möchte ich an dieser Stelle hervorheben: Welche Schule unsere zukünftigen Landwirte besuchen, ob sie studieren oder eine sonstige weiterführende Ausbildung erhalten – im Lehrplan einer jeden landwirtschaftlichen Ausbildung sind Boden und Humuserhalt Themen, die ausführlich behandelt werden.

Somit können wir abschließend Folgendes feststellen: Der Zustand des Bodens ist in weiten Teil besser geworden. Das zeigen die reellen Zahlen, die ich genannt habe, nicht die Hochrechnungen. Wir haben vielfältige Maßnahmen beschlossen. Sie laufen an bzw. sind schon in der Umsetzung. Deshalb ist eine besondere Humusstrategie nicht notwendig. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Abgeordneter. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön, Frau Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Westphal, wenn alles so gut läuft, wie Sie es in den blühendsten Farben geschildert haben, wie erklären Sie sich dann, dass das Statistische Bundesamt ermittelt hat, dass 400.000 Hektar mehr humuszehrende Flächen und gleichzeitig 464.000 Hektar weniger humusmehrende Flächen bewirtschaftet werden? – Wenn man diese Zahlen betrachtet, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Bilanz vernichtend ist. Insofern wäre es dringend geboten, eine Strategie zu entwickeln, wie man weitermachen will. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie diese Entwicklung kommentarlos hinnehmen und zuschauen möchten, wie der Humus von den Äckern weggeschwemmt wird und beim nächsten Hochwasser aus irgendeinem Wohnzimmer herausgeschaufelt werden muss.

Manuel Westphal (CSU): Ich antworte Ihnen gern, Frau Kollegin. – Erstens. Flächen sind nicht humuszehrend; wenn, dann sind Pflanzen humuszehrend. Zweitens. Ich beziehe mich lieber auf die konkreten Zahlen, die Bayern betreffen, nicht auf Bundeszahlen. Drittens. Sie unterschlagen immer, dass wir Ihnen angeboten haben, uns einen Bericht geben zu lassen. Das wollten Sie nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Bevor ich über die Entwicklung einer Strategie rede, möchte ich die Grundlagen kennen, und zwar umfassend.

(Beifall bei der CSU)

Das wollten Sie einfach nicht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich kann ich mein Redemanuskript verwerfen. Ich bin wieder entsetzt; denn im Grunde brauchen wir mit den Regierungsfractionen nicht weiterzureden. Es ist immer

das Gleiche: Wenn wir einen Vorschlag machen, sagt ihr: Bei uns passt doch alles! Bei uns stimmt doch alles! Wir brauchen gar nichts zu machen!

Bei dem Thema Artenschutz war es übrigens das Gleiche. Euer Credo war immer: Artenschutz in Bayern? Kein Problem! Wir sind doch eine Insel der Glückseligen! – Oder: Bodenschutz? Bei uns kein Problem! Bei uns passt alles! Bei uns ist es wunderbar!

Wenn die Bevölkerung plötzlich sagt, dass es so wunderbar gar nicht ist, fällt ihr komplett um. Warum eigentlich? Aus Einsicht, oder weil ihr gemerkt habt, dass euch die Wähler abhauen? – Euer Agieren ist wirklich sehr fragwürdig.

Wir sind wieder beim gleichen Punkt. Vor uns liegt ein harmloser, normaler Antrag, in dem etwas sehr Vernünftiges verlangt wird. Den hätten auch wir schreiben können.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Gefordert werden die Entwicklung einer Humusstrategie und Überlegungen, ob der Boden in den Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Forschung gestellt werden soll. Immerhin war 2015 das Internationale Jahr des Bodens. Die Vereinten Nationen haben wohl nicht ohne Grund diesen Titel gewählt. Es handelt sich um ein weltweit – und damit auch in Bayern – auftretendes Problem. Wir müssen uns damit befassen. Der Antrag verlangt nur, sich diesem Thema wirklich zu widmen. Dazu gehört es, eine Strategie und Förderprogramme zu entwickeln.

Wenn Sie sagen, unsere Landwirte lernten alles richtig und machten alles richtig, dann ist das eine starke Aussage. Ich kenne Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion, Amtsvertreter und Beamte, die zugestehen, dass die Ausbildung sich verändern muss. In die Ausbildung müssen agrarökologische Maßnahmen einfließen. Die bisherige strikt betriebswirtschaftliche Ausrichtung führt uns – in Bezug auf den Boden muss man es so sagen – ins Verderben. Wenn wir die Fruchtbarkeit unserer Böden nicht erhalten, dann sitzen wir in fünfzig Jahren wahrscheinlich nicht mehr hier.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Nikolaus Kraus von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, zumindest die noch anwesenden! – Meine Kollegin begann ihren Beitrag mit dem Satz, dass sie sich ihre Rede hätte sparen können. Das könnte auch ich sagen, aber mit anderer Begründung: Kollege Westphal hat die meisten Argumente, die ich vortragen wollte, schon genannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Ich habe im Vorfeld mit der Antragstellerin Ruth Müller kurz gesprochen. Im Landwirtschaftsausschuss haben wir über dieses Thema schon lang und breit diskutiert. Unser Vorschlag war, den vorliegenden Antrag in einen Berichtsantrag umzuwandeln. Diesen Vorschlag habe ich heute wieder gemacht; die Antragsteller haben ihn leider abgelehnt. Deshalb nehme ich unser Votum vorweg: Wir werden den vorliegenden Antrag ablehnen. Warum?

Erstens bezweifle ich, ob man ein solches Thema im Plenum, noch dazu nach 20 Uhr, behandeln sollte. Es kommt ohnehin nichts anderes als im Ausschuss heraus. Anscheinend ist das Hochziehen des Antrags eine Show für die Öffentlichkeit. Wir hätten wirklich wichtigere Punkte zu besprechen.

(Ruth Müller (SPD): Es ist ein wichtiges Thema!)

Zweitens. Jeder, der eine landwirtschaftliche Ausbildung oder landwirtschaftlichen Hintergrund hat, weiß, dass bestimmte Themen schon zur Grundausbildung in der Schule gehören. Die Begriffe "Humuszehrer" und "Humusmehrer" sind schon erwähnt worden. Kollegin Müller hat auf das Verhältnis zwischen beiden hingewiesen. Warum es so ist, kann ich sagen: Der Anbau der entsprechenden Pflanzen ist eine der tragenden

finanziellen Säulen der Landwirtschaft, das heißt, damit kann man noch Geld verdienen.

Damit bin ich bei einer weiteren Schwachstelle eures Antrags. Wir wissen gar nicht, von wie viel Geld wir sprechen. Was die Forderung nach Förderprogrammen angeht, so sage ich: Etwas zu fordern ist immer leicht. Auch bei den geforderten Ausgleichszahlungen wüssten wir nicht, in welche Dimensionen wir damit kämen. Wenn ich allein das Donaumoos nehme, wo intensiv guter bayerischer Kartoffelanbau stattfindet, dann möchte ich mir nicht vorstellen, welche Ausgleichszahlungen zu leisten wären. Wir können also schon aus Gründen der Haushaltsrelevanz nicht zustimmen.

Am Anfang dieser Debatte ist es schon gesagt worden: Der Boden ist das wichtigste Kapital, das die Landwirtschaft hat. Jetzt hätte ich beinahe gesagt: Unabhängig davon, wie sich ein normaler Bürger ernährt – ganz normal, also mit Fleisch, Gemüse und Kohlenhydraten, fleischlos, also vegetarisch, oder, noch extremer, vegan –, bleibt es bei der Feststellung: Der Boden ist die wichtigste Grundlage der Landwirtschaft. Auf dem Boden wächst nicht nur das Futter für die Tiere, sondern auch das Obst und Gemüse für Vegetarier und Veganer. Auch die Öle werden aus Pflanzen gewonnen. Jeder – gut, fast jeder – Landwirt ist sich der Verantwortung, die er für den Boden hat, bewusst. Darüber, dass es einige schwarze Schafe gibt, brauchen wir nicht zu reden. Die gibt es in allen Branchen.

Ich möchte die Redezeit gar nicht ausnutzen. Wenn die SPD-Fraktion den Antrag in einen Berichtsantrag umgewandelt hätte, hätten wir zugestimmt. So müssen wir ihn leider ablehnen.

Noch ein Gedanke zum Schluss: Es ist gesagt worden, in der Ausbildung werde das Thema Boden zu wenig behandelt. Ich stelle fest, dass die jungen Bauern wissen, dass der Spaten eines der wichtigsten Werkzeuge seit Menschengedenken ist. Die jungen Landwirte machen wieder eine Spatenprobe. In den Siebziger-, Achtziger- und Neunzigerjahren wurde sie oft vernachlässigt; da brauchen wir nichts schönzureden.

Wer heute mit seinem Boden ordnungsgemäß umgeht, macht eine Spatenprobe, damit er weiß, wann der Boden befahrbar und bearbeitbar ist. Damit kann auch festgestellt werden – Stichwort feinkrümelige Struktur –, wann er wasseraufnahmefähig ist. Ich möchte also die jungen Landwirte durchaus in Schutz nehmen.

Noch eine Anmerkung in Richtung der Antragsteller: Wisst ihr eigentlich, wie momentan die Stimmung in der Landwirtschaft ist, insbesondere unter den jungen Leuten, die den Beruf lernen? – Ich kann sagen: Die Stimmung ist miserabel, weil die Landwirtschaft von der Bevölkerung momentan pauschal als Verursacher wenn nicht aller, so doch vieler Probleme haftbar gemacht wird. Das Volksbegehren zum Artenschutz ist das beste Beispiel; es richtet sich zu 80, 90 % gegen die Landwirtschaft. Redet doch einmal mit den jungen Leuten! Geht in die Landwirtschaftsschulen und fragt nach, wie dort die Stimmung ist! Da sind wirklich gut ausgebildete, motivierte junge Leute. Wenn aber ganze Bevölkerungsschichten auf einen eindreschen, wundert es nicht, wenn man keine Freude mehr an seinem Beruf hat. Ich kann euch nur empfehlen, in die Landwirtschaftsschulen zu gehen, mit den jungen Leuten zu reden und euch von ihnen aufklären zu lassen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich darf in der Überschrift des SPD-Antrags "Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie" der Klimaschutz nicht fehlen. Meine Damen und Herren von der SPD, das Einzige, was Ihr Antrag mit dem Thema Klima zu tun hat, betrifft die Bindung von CO₂ in den Böden unserer Heimat. Das ist nichts Neues, sondern ein natürlicher Vor-

gang, der so auf unserem Planeten seit Jahrmillionen ganz ohne Zutun der SPD funktioniert.

Der Antrag der SPD zur Erhaltung der Fruchtbarkeit unserer Böden unter Gewährleistung eines effektiven Klimaschutzes durch eine bayerische Humusstrategie verfehlt in vielfacher Hinsicht das Ziel. In dem Antrag wird die Bayerische Staatsregierung dazu aufgefordert, für Bayern eine Humusstrategie zu entwickeln und diese mit Förder- und Forschungsmitteln auszustatten. Dadurch würde eine Mehrbelastung der Steuerzahler erfolgen, die sowohl unnötig als auch vermeidbar ist. So gibt es beispielsweise bereits das Großprojekt der Ökoregion Kaindorf in der Steiermark in Österreich. Dort haben 200 Landwirte an einem weitreichenden Humusaufbauprogramm teilgenommen. Durch Bewirtschaftung von 2.400 Hektar Ackerfläche werden dort nachhaltig große Mengen an Kohlenstoff im Boden gebunden, mehr als zehn Tonnen pro Jahr und Hektar, um genau zu sein.

Das Vorzeigeprojekt "Ökoregion Kaindorf" hat in Sachen Humus europaweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Hier ist es gelungen, durch eine flächendeckende Umsetzung des Humusaufbaus jährlich mehr als 1,3 Millionen Tonnen Kohlenstoff in Ackerböden zu binden. In diesem Projekt ist das bereits gelungen, ohne dass wir hier in Bayern herumexperimentieren müssen. Die Ackerböden nehmen weit mehr Wasser auf und verkraften daher Starkregen besser. In Trockenperioden bildet Humus einen hervorragenden Wasserspeicher und zudem einen deutlich widerstandsfähigeren Boden.

Ja, im Vergleich zu der Zeit vor neunzig Jahren enthalten unsere Böden gerade einmal ein Drittel bis maximal die Hälfte des ursprünglichen Humusvorrates. Hierbei spielt die von den GRÜNEN geprägte Energiewende eine nicht unerhebliche Rolle. Entscheidend hierbei ist der rasant gestiegene Anbau von Mais zur Biogasgewinnung. Der Maisanbau bedingt zwischen den Pflanzen viel freiliegendes Erdmaterial, das zur Auswaschung und damit zur Verschlechterung der Bodenqualität führt. Meine Damen und Herren von der SPD, die Ursache dafür, dass Sie sich jetzt für mehr Humus ein-

setzen, ist die verkorkste Energiewende, welche Sie mit Ihren grünen Kumpanen seit Jahren vorantreiben und bei der die Unionsparteien leider willig mitgemacht haben.

Unser Ziel muss es sein, die Böden in möglichst kurzer Zeit zu sanieren und die Landwirte fachlich zu informieren und entsprechend zu schulen. Die negativen Konsequenzen Ihrer Energiewende müssen zum Wohle unseres Landes beseitigt werden. Wir werden nicht den Bock zum Gärtner machen und daher Ihren Antrag ablehnen. Wir bevorzugen eine pragmatischere und vor allem eine kosteneffektivere bayerische Humusstrategie auf der Basis bewährter Konzepte und tragen ihren klimahysterischen Förder- und Beratungswahn aus den genannten Gründen nicht mit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Eine Nation, die ihren Boden zerstört, zerstört sich selbst", wie das Franklin D. Roosevelt, ein US-amerikanischer Präsident, dem der Umweltschutz noch wichtig war, einmal sagte. Unser Boden ist mehr als die Fläche, auf der wir stehen. Unser Boden ist auch mehr als nur Wasserspeicher oder Kohlenstoffsенке. Unser Boden ist die Grundlage von über 90 % der weltweiten Nahrungsmittelproduktion. Er ist entscheidend für unsere Wasserqualität und den Hochwasser- bzw. Dürreschutz. Unser Boden versorgt uns mit Energie und ist die Basis für verschiedenste Produkte, vom Fasermaterial für Kleidung bis hin zum Holz für Häuser. Kurz gesagt, er ist die Grundlage unseres Lebens und steckt selbst voller Leben. Ihn zu schützen muss unser aller Anspruch sein.

(Beifall bei der FDP)

Seit dem Volksbegehren liegt der Boden am Rande des politischen Betrachtungsfelds. Ihn zu schützen wird zwar mehrfach gefordert, zum Beispiel im Maßnahmenkatalog

und im Gesetzentwurf zur Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern. Dabei erkenne ich aber nicht eindeutig, dass die Forderungen der Bedeutung des Bodens gerecht werden. Wenn man schon das Protektorat über die Artenvielfalt verkündet, dann darf man die Grundlage unseres Lebens, den Boden, nicht so gleichgültig behandeln. Der vorliegende Antrag möchte den Bodenschutz explizit strategisch angehen und bezieht sich dabei auf den Humus und den Moorboden, was wir sehr begrüßen. Als Freie Demokraten haben wir unter anderem das Ziel, Moore zu renaturieren, und freuen uns ganz besonders, dass hier mit der SPD Konsens besteht.

Um dabei möglichst effizient zu arbeiten, wäre es sicherlich sinnvoll, sich mit den Betreibern bereits existierender Modellprojekte wie beispielsweise der Hydrologisch-agrarökonomischen Studie für Teilbereiche der Moorflächen der Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee kurzzuschließen. Was das geforderte Demonstrationsnetz angeht, gibt es bereits Ergebnisse aus Programmen und Initiativen, die als Ergänzung dienen können, so zum Beispiel die zitierte Praxisplattform für Boden und Gewässerschutz "boden:ständig". Auf verschiedenen Projektflächen quer durch Bayern konnten mit "boden:ständig" bereits wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden. Mit einem neuen Demonstrationsnetz sollten unbedingt Synergien geschaffen werden, um einen wirklichen Mehrwert zu generieren.

Was die Fördervorhaben speziell für Humusaufbau im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen betrifft, können wir nur zustimmen, sofern das vorgesehene Budget nicht die Bodenhaftung verliert. Der Antrag ist in der Sache richtig und wichtig. Deshalb werden die Freien Demokraten dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass sich der Tagesordnungspunkt 10 – das ist die Eingabe betreffend "Aufenthaltsduldung bzw. Wiedereinreise" – aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung erledigt hat. Die Eingabe wird daher im Einvernehmen mit allen Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt.